



NEUBRANDENBURG
Schützenvereine zählen derzeit 8000 Mitglieder

NEUBRANDENBURG (DPA). Die Schützenvereine in Mecklenburg-Vorpommern haben Zulauf. Seit 1990 sei die Zahl der Mitglieder von 1700 auf jetzt 8000 gewachsen, sagte gestern der Geschäftsführer des Landes-schützenverbandes, Gunnar Klein, in Neubrandenburg. Auch Katastrophen wie der Amoklauf von Winnenden 2009 hätten den Trend nicht umgekehrt. Seit zwei Jahren seien die Mitgliederzahlen konstant. Der Verband feiert sein 20-jähriges Bestehen am 24. April mit einem Landesschützenfest in Stralsund.

DEMMIN
Reuter-Gesellschaft ehrt Hinstorff Verlag
STAVENHAGEN (DPA). Der Hinstorff Verlag Rostock ist mit dem Ehrenbrief der Fritz-Reuter-Gesellschaft ausgezeichnet worden. Hinstorff verlege seit 1858 Reuters Literatur, beide seien zusammen groß geworden, sagte die Direktorin des Fritz-Reuter-Literaturmuseums in Stavenhagen, Cornelia Nenz. In Stavenhagen ging gestern die Jahrestagung der Fritz-Reuter-Gesellschaft zu Ende.

UECKER-RANDOW
Scheune geht in Flammen auf
PASEWALK (NK). Ein Feuer aus noch unbekannter Ursache in einer Scheune in Werbelow (Uckermark) hat am Sonnabend einen Schaden im fünfstelligen Bereich verursacht. Über 90 Feuerwehrcameraden rückten mit ihren Löschzügen an, darunter auch Dutzende aus dem benachbarten Stralsund und Pasewalk (Uecker-Randow). Die Löschtruppe hatten Schwierigkeiten, die Flammen von den Nachbargebäuden fernzuhalten – nicht zuletzt aufgrund der mühsamen Löschwasserversorgung. Schwer verletzt wurde niemand.

ROSTOCK
Erzbischof beurlaubt Rostocker Priester
ROSTOCK (DPA) Wegen Missbrauchsvorwürfen hat das Erzbischof Hamburg einen Priester beurlaubt. Der Priester habe die Vorwürfe bei einer Anhörung zurückgewiesen. Er werde bis zur Aufklärung der Vorwürfe keinen Dienst tun. Die Vorwürfe lägen bereits mehr als zehn Jahre zurück und betrafen dessen Zeit als Kaplan (Gemeindepriester) der katholischen Kirche in Rostock.

GEWINNZAHLEN

UMWELT-LOTTERIE
Bingo-Gewinnzahlen
B- 01 05 15 1- 16 18 26 28 29
30 N- 37 G- 48 50 51 52 54 57
O- 61 64 66 68 71 72

Bingo-Kandidatenspiel

	Serie Nr. 1	Los Nr.
Ziehung 1:	6770	26387
Ziehung 2:	6772	37300
Ziehung 3:	6792	35740
Ziehung 4:	6799	16123
Ziehung 5:	6808	31194

Bingo-Quoten
Klasse 1: 2 x 73 747,10 Euro
Klasse 2: 35 x 2107,00 Euro
Klasse 3: 4245 x 34,70 Euro
Jackpot: 0 Euro

Ziehungsergebnis **Keno** und **Plus 5** vom 17. 04. 2010

4 7 12 14 17 21
23 24 25 31 33
34 41 44 53 55
56 60 61 69

Plus 5 Gewinnzahl: **3 2 1 9 9**
(ANGABEN OHNE GEWÄHR)

Linke Kampferklärung an die SPD

PARTEITAG Die Linkspartei in Mecklenburg-Vorpommern will bei der Landtagswahl im Herbst 2011 zurück an die Macht. Am Wochenende stellte sie dafür die Weichen.

VON MAX-STEFAN KOSLIK

LUDWIGSLUST. Kampfansage an die SPD: Die Linkspartei im Norden hat erstmals ihren Führungsanspruch im linken Parteienspektrum in MV deutlich gemacht. Auf einem Landesparteitag in Ludwigslust gab Landeschef Steffen Bockhahn das Ziel vor: „Die Koalition aus SPD und CDU muss weg. Und wenn wir mehr Stimmen bei den Wahlen bekommen als mögliche Partner, dann wird eine Koalition bestimmt nicht an uns scheitern. Aber klar ist, wer die stärkste Partei ist, stellt den Ministerpräsidenten. Da gibt es gar keine Diskussion.“ Bockhahn verwies auf die drei Wahlen im vergangenen Jahr, zum Bundestag, zum EU-Parlament, in den Kommunen, bei denen die Linke jeweils die SPD auf den dritten Rang verwies. Kritiker in der Partei am Regierungskurs ließ der scheidende Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch wissen: „Wir müssen im Bundesland der Kanzlerin die CDU aus der Regierungsverantwortung wählen.“

In einer Generalabrechnung ließ Bockhahn an der Politik der SPD/CDU-Regierung kein gutes Haar: Streichung für Mittel für die Kommunen, bei gleichzeitigen Mehreinnahmen im Landeshaushalt von 400 Millionen Euro, in Stich lassen der Werften, statt Staatsbeteiligung, ein neues Kita-Gesetz ohne Verbesserungen und Absenkung der Elternbeiträge sowie das Stopfen von Lehrerlücken mit Referendaren. Eine Kampfansage auf ganzer Linie.



Helmut Holter erhielt nach seiner Nominierung als Spitzenkandidat von einer Delegierten einen Apfel geschenkt.

FOTO: DPA

Aber auf dem Parteitag gab es auch Stimmen gegen Koalitionen. Wolfgang Dietrich, Mitarbeiter der Landtagsfraktion, warf seiner Partei vor, dass sie in der rot-roten Koalition im Bundesrat Steuerreformen und die Hartz-IV-Gesetzgebung mitgetragen und der jetzige Fraktionschef Helmut Holter als Arbeitsminister die Hartz-IV-Gesetze sogar als erster umgesetzt habe. Dietrich rief dazu auf statt Koalitionen „für Unruhe sorgenden Widerstand zu organisieren“.

In einem Satzungsantrag hatten Verfechter einer stärkeren Basisdemokratie gefordert, vor künftigen Koalitionszusagen Mitgliederbefragungen durchzuführen. Dieser Antrag war offenbar aus der Sorge entstanden, dass die Parteispitze vorschneidlich eine Koalition zustimme. Einer der Antragsteller, Carsten Hanke, Basisorganisationsvorsitzender in Lambrechtshagen bei Ros-

tock, kritisierte u.a. die derzeitige SPD mit ihrer Politik als nicht regierungsfähig für die Linke. Eine Partei im Dilemma.

Der ehemalige Landeschef Peter Ritter sprang seinem Nachfolger, Bockhahn, zu Seite, kritisierte aber zugleich die derzeitige SPD-Politik. Er warf der Partei von Ministerpräsident Erwin Sellering vor, im Landesvorstand zwar einen Beschluss für den Rückzug aus Afghanistan zu fassen, im Landtag aber diesen Antrag der Linken abgelehnt zu haben. Ritter kritisierte die SPD, parteipolitisch gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu fordern, im Landtag aber den Antrag der Linken dazu abzulehnen. Und schließlich, so Ritter, fordere die SPD einen Rettungsschirm für die Kommunen, habe aber im Landtag einen neuen Finanzausgleich eingebracht, der die Kommunen stranguliere. Und dennoch warnt der ehemalige Landeschef der Lin-

ken: „Wenn wir jetzt einen Vorratsbeschluss fassen, der unüberwindliche Hürden für künftige Koalitionen aufbaut, dann sorgen wir dafür, dass sich die SPD gar nicht ändern muss.“

Fraktionschef Helmut Holter ist es, an dem sich nach wie vor die Gemüter in der Partei reiben. Er nämlich soll als Ministerpräsidentenkandidat die Linke zum Generalangriff auf SPD und CDU bei den nächsten Wahlen führen. Auch das schlug Landeschef Bockhahn vor. Und Holter selbst? Der warb für Veränderungen in der Landespolitik, für „neue Wege“ und für eine Linke in der Regierung. „Ein Weiter so darf es nicht geben“, so Holter mit einer wahlkampffreien Rede. Holter redete über Bildung und die Prioritäten seiner Partei für die öffentlichen Schulen. Er versprach mehr Geld für die Schulen und Freiheit für Universitäten. Und er berichtete von Ge-

sprächen mit Bürgermeistern und Kommunalpolitikern, die bei ihm ihre Erwartung zum Ausdruck bringen, dass die ungeliebte Kreisreform nach 2011 gestoppt werde. „Wir wollen eine Kommunalisierung von Aufgaben. Wir wollen eine moderne, schlanke Verwaltung, die am Kopf, beim Land beginnt. Wir wollen zu einer Mindestgarantie der kommunalen Finanzausstattung zurückkehren“, verspricht der Spitzenkandidat der Linken. Holter fordert seine Partei auf: „Wir wollen Ministerpräsident werden!“

Der Landesparteitag stellte, wie Bockhahn es formulierte, „erste Weichen für die Landtagswahlen 2011 auf Links“. Der Spitzenkandidat steht fest. Holter wurde von den 100 Delegierten mit nur sieben Gegenstimmen und zehn Enthaltungen gewählt. Die Satzungsänderung zur Mitgliederbefragung wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Grünen wollen in den Landtag

PARTEI Landeschef Suhr ist optimistisch für die Landtagswahlen 2011. Die Themen seiner Partei: Bildung und Energie.

WISMAR (DPA). Grünen-Landeschef Jürgen Suhr zeigte sich optimistisch, dass es seiner Partei im kommenden Jahr erstmals gelingen werde, in den Landtag einzuziehen. Mit machten ihm die Wahlergebnisse des vergangenen Jahres, sagte er. Bei Europa-, Kommunal- und Bundestagswahl habe die Partei jeweils mehr als fünf Prozent der Stimmen bekommen.

Die Grünen wollen mehr Schülern den Weg zum Abitur ebnen. An den Regionalschulen sollte es möglich werden, die Hochschulreife nach 13 Schuljahren zu erwerben, sagte Suhr nach einer Landesdelegiertenkonferenz seiner Partei am Sonnabend in Wismar. Bisher besuche im Nordosten nur ein Drittel aller Schüler eine Schule, die zum Abitur führt. Das sei zu wenig. Ziel der Grünen ist eine Schule für alle. Jedoch solle das zweigliedrige Schulsystem im Land mit Regionalschulen und Gymnasien nach der Grundschule zunächst nicht grundsätzlich umgebaut werden, sagte Suhr. Die Politik von Bildungsminister Henry Tesch (CDU) zeige erschreckende Ergebnisse, sagte Suhr wei-

ter. Jährlich brächen fast zehn Prozent eines Jahrgangs im Land die Schule ohne Abschluss ab.

Ein weiteres Thema des Parteitags war die Energiepolitik. Die Delegierten stimmten einem Antrag des grünen Europaabgeordneten Reinhard Bütikofer gegen das europäische Kernfusionsprojekt zu, zu dem in M-V das Vorhaben Wendelstein 7-X in Greifswald gehört. Die Landesregierung solle mit dem Bund über einen Ausstieg verhandeln, forderte Bütikofer.

In das Vorhaben werde enorm viel Geld gesteckt, obwohl es große Probleme bei der Realisierung gebe. Frühestens 2060 könne die Technologie kommerziell genutzt werden, falls alle Schwierigkeiten gelöst wer-

den. Bei dem Kernfusionsprojekt wird versucht, das Geschehen auf der Sonne nachzuvollziehen und über die Verschmelzung von Atomkernen Energie zu erzeugen. M-V ist Bütikofer zufolge mit sieben Prozent an den Baukosten für Wendelstein 7-X beteiligt. Die Bau- und Betriebskosten für das Projekt, das 2014 fertiggestellt sein soll, seien bereits von 550 Millionen Euro auf über eine Milliarde Euro gestiegen. „Und man muss mit weiteren Steigerungen rechnen“, sagte Bütikofer. Der Europaabgeordnete ist nicht Mitglied des Grünen-Landesverbandes. Sein Antrag wurde deshalb formal vom Landesvorstand eingebracht. Bütikofer hat ein Regionalbüro in Schwerin.

Bei dem Kernfusionsprojekt wird versucht, das Geschehen auf der Sonne nachzuvollziehen und über die Verschmelzung von Atomkernen Energie zu erzeugen. M-V ist Bütikofer zufolge mit sieben Prozent an den Baukosten für Wendelstein 7-X beteiligt. Die Bau- und Betriebskosten für das Projekt, das 2014 fertiggestellt sein soll, seien bereits von 550 Millionen Euro auf über eine Milliarde Euro gestiegen. „Und man muss mit weiteren Steigerungen rechnen“, sagte Bütikofer. Der Europaabgeordnete ist nicht Mitglied des Grünen-Landesverbandes. Sein Antrag wurde deshalb formal vom Landesvorstand eingebracht. Bütikofer hat ein Regionalbüro in Schwerin.

Bei dem Kernfusionsprojekt wird versucht, das Geschehen auf der Sonne nachzuvollziehen und über die Verschmelzung von Atomkernen Energie zu erzeugen. M-V ist Bütikofer zufolge mit sieben Prozent an den Baukosten für Wendelstein 7-X beteiligt. Die Bau- und Betriebskosten für das Projekt, das 2014 fertiggestellt sein soll, seien bereits von 550 Millionen Euro auf über eine Milliarde Euro gestiegen. „Und man muss mit weiteren Steigerungen rechnen“, sagte Bütikofer. Der Europaabgeordnete ist nicht Mitglied des Grünen-Landesverbandes. Sein Antrag wurde deshalb formal vom Landesvorstand eingebracht. Bütikofer hat ein Regionalbüro in Schwerin.

Landurlaub: Verband will auf guter Saison aufbauen

UECKERMÜNDE (DPA). Landurlaub liegt im Trend. Dieses Resümee zog der Verein Landurlaub Mecklenburg-Vorpommern als Fachverband für Urlaub und Freizeit auf dem Lande am Wochenende auf einer Jahresversammlung in Ueckermünde (Uecker-Randow-Kreis). 86 Prozent der Tourismus-Anbieter auf dem Lande äußerten sich mit der Saison 2009 sehr zufrieden, beziehungsweise zufrieden, teilte der Verband das Ergebnis einer Befragung seiner 230 Mitglieder mit. Vorstandsvorsitzende Lilly Kühnel sagte: „Unser Verband ist zu einem festen Bestandteil der Tourismusbranche geworden.“ Er habe sich von einem Nischenprodukt zu einem beachteten Tourismussegment entwickelt.

Dennoch gebe es noch Entwicklungsmöglichkeiten. So könne der Service verbessert werden. 46 Prozent der Vermieter würden einen Brötchenservice anbieten, 38 Prozent Frühstück und 21 Prozent Halbpension. Gut nachgefragt würden Lebensmittel aus eigener Erzeugung. Der hohe Anteil von zehn bis 25 Prozent an Stammgästen in der



Info: Farbmeßfeld zur Qualitätsprüfung

Hälfte der Betriebe zeigt laut Kühnel, dass sich die Gäste auf dem Lande wohlfühlen. Reiner Bauernhofurlaub habe einen Anteil von 20 Prozent, Reiterhöfe machten 14 Prozent aus. Hauptzielgruppen seien Familien mit Kindern gefolgt von Radurlaubern, Reitern, Anglern und Jägern. Erst ein Viertel der Landurlaub-Mitglieder bietet seinen Gästen Pauschalangebote an. Die rechtlichen Voraussetzungen seien für viele Betriebe ein Hemmnis. Der Verein hat ihnen nun eigens dafür eine Online-Plattform eingerichtet.

Spielbanken-Chefs buchen 2009 eher als Verlust ab

ROSTOCK/STRALSUND (DPA). Die Spielbanken in Mecklenburg-Vorpommern haben im vergangenen Jahr erneut teils deutliche Umsatzrückgänge verzeichnen müssen. Thomas Fritz, Geschäftsführer der Spielbankgesellschaft Mecklenburg mit den Standorten Warnemünde, Schwerin und Waren, berichtete von einem Minus von 22,5 Prozent im Vergleich zu 2008. Die Bruttospielerträge lagen bei rund 3,5 Millionen Euro. Nach Worten von Enrico Renje von den Ostsee-Spielbanken in Stralsund, Heringsdorf und Binz lag das Minus dort bei rund 5 Prozent, die Umsätze erreichten ebenfalls rund 3,5 Millionen Euro. Im Jahr 2008 wurden im Vergleich zum Jahr davor 18,2 beziehungsweise zwölf Prozent weniger erwirtschaftet. Die Gesellschaften haben zusammen rund 160 Mitarbeiter.

Einen wesentlichen Grund für die kräftigen Verluste sehen die beiden Geschäftsführer in den zunehmenden Restriktionen gegenüber Spielbanken. Es sei zwar positiv, dass die Landesregierung die Spielbanken-Abgabe gesenkt habe, sagte

Fritz. „Aber die Umsätze sinken so schnell, dass die Abgabe gar nicht schnell genug nachreguliert werden kann.“ Das Land hatte im vergangenen Jahr auf die Umsatzeinbrüche reagiert. Kleine Casinos mit Bruttospielerträgen von weniger als 500 000 Euro müssen nur noch 25 Prozent davon abführen. Bei Erträgen bis zu zwei Millionen Euro werden 30 Prozent fällig. Die Abgaben lagen laut Fritz zuvor „real bei 40 Prozent“. Der Bruttospielertrag wird aus den eingesetzten Spielgeldern abzüglich ausgezahlter Gewinne ermittelt.

Mit dem Staatsvertrag aus dem Jahr 2008 sei eine Regulierungslücke geschaffen worden, beklagte Fritz. Im Vertrag sei beispielsweise festgelegt, dass aus Gründen der Suchtvorbeugung Spieler einer Ausweiskontrolle unterworfen seien und auch vom Spiel ausgeschlossen werden dürfen. „Die dürfen dann in den ‚Daddelhallen‘ weiterspielen, weil es dort solche Maßnahmen nicht gibt“, sagte er. Denn viele Spieler wollten sich nicht registrieren lassen.

KALENDERBLATT



19. April 1990
Eine rigorose Lösung geplant

NEUBRANDENBURG. 2010 feiert Deutschland zum 20. Mal den Tag der Einheit. Wir blättern in der Berichterstattung zurück zu den Ereignissen vor dem 3. Oktober 1990.

Personenkontrollen an der innerdeutschen Grenze sollen bis zur „Hauptreisezeit“ abgeschafft werden. Darauf haben sich in Bonn die Innenminister Diestel und Schäuble verständigt. Als erstes soll die Paßpflicht wegfallen und die bisherigen Kontrollen werden an die Außengrenzen verlegt.

Gemeinsame Arbeitsgruppen zur **Terrorismusbekämpfung** und für den Kampf gegen die organisierte Kriminalität – einschließlich Drogenmißbrauch – werden eingesetzt. Bezüglich der Stasi-Akten plädierte der DSU-Generalsekretär für eine rigorose Lösung. Das schließe die Rehabilitierung von Opfern dieser „mafiaähnlichen“ und verbrecherischen Organisation ein. Diestel versicherte, daß Bundesbehörden keine Einsicht in die Akten und Dossiers erhalten werden. Beide Innenminister sprachen sich gegen den Aufbau eines Verfassungsschutzes in der DDR aus.

Im Wirtschaftsrat des Bezirkes Neubrandenburg liegen gegenwärtig 16 Anträge auf die Umwandlung von volkseigenen in private Betriebe vor. Darunter sind Unternehmen der Schnittholzindustrie, der Lebensmittelbranche und der Metallverarbeitung.

QUELLE: „NORDKURIER“
www.nordkurier.de/wende